

Lenins wird das große Werk der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft meistern.

Was unsere Partei anbetrifft so bin ich der Meinung, eine Hauptfrage ist die Gestaltung der innerparteilichen Demokratie. Ich bin für den demokratischen Zentralismus, damit die Partei einheitlich handelt. Er darf aber nicht einäugig sein, das heißt, die demokratische Seite dieses Prinzips muß gestärkt werden. Die gewählten Leitungen sind rechenschaftspflichtig mit allen Konsequenzen, wobei das Problem der Stabilität einer Leitung nicht unterschätzt werden sollte. Ich unterstütze die Vorschläge zur Änderung des Statuts unserer Partei und die Beschränkung der Zeit der Ausübung einer Wahlfunktion. Die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie wird zweifellos auf die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft ausstrahlen.

**Frank Fichte**

Kandidat des Zentralkomitees

Parteiorganisator des Zentralkomitees im VEB Kombinat

Fortschritt Landmaschinen

**Genossinnen und Genossen!**

Die Genossen und Arbeiter in unserem Betrieb sagen, daß die 10. Tagung die Verantwortung trägt für den Sozialismus, für die DDR und die weitere Existenz der SED.

Diesen Ernst der Lage haben sie in den bisherigen Stellungnahmen der Parteiführung seit der Erklärung der Einleitung der Wende nicht genügend gespürt, und deshalb gibt es keinen Vertrauenszuwachs, sondern im Gegenteil, bis weit in die Partei hinein Unsicherheit; und die große Zahl der Menschen, die die DDR verlassen, dokumentiert die breite Stimmung im Volk. Täglich treten in unserer Parteiorganisation Genossen aus der Partei aus. Genossen, die lange Jahre treu gekämpft haben, sie haben kein Vertrauen zur Parteiführung; auch jetzt, in diesen Stunden der 10. Tagung, ist dieser Prozeß im Gange.

Seit der 9. Tagung des Zentralkomitees spitzte sich die Lage weiter zu. Täglich gab es für die Genossen an der Basis Anhaltspunkte, wo sie sich allein gelassen fühlten. Besonders das Auftreten einzelner ehemaliger Politbüro-Mitglieder war deprimierend. Die Genossen fordern, daß nur noch konkrete Taten zu den Fragen der Abschaffung von Privilegien, der Erarbeitung eines neuen Statuts und damit einer neuen Beitragsrichtlinie